

Die Kurden : ein Volk auf der Suche nach seinem Staat

Autor(en): **Spanik, Stefan Werner Dieter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **76 (1996)**

Heft 9

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165603>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Stefan Werner Dieter

Spanik ist 1940 in Mannheim geboren.

Nach dem Studium der Geschichte, Psychologie und Erziehungswissenschaften in Heidelberg und Berlin war er 1979 bis 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin und von 1980 bis 1989 gleichzeitig Berater für verkehrspolitische und technische Entwicklungen in Indonesien. 1989 bis heute Lehrer und Dozent an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg.

DIE KURDEN

Ein Volk auf der Suche nach seinem Staat

Mit dem Namen Kurdistan wird ein geographischer Grossraum bezeichnet, der neben dem türkisch-iranischen Grenzgebirge Zagros grosse Teile des Nordiraks und auch Teile der zwei nordöstlichen Provinzen Syriens umfasst. Dies ist die eigentliche Heimat der Kurden, dieses nomadisierenden Hirtenvolkes indogermanischer Herkunft. Trotz eines sich über Jahrhunderte hinziehenden Kampfes um Unabhängigkeit ist es den Kurden bis heute nicht gelungen, für ihr Volk einen selbständigen Staat zu bilden.

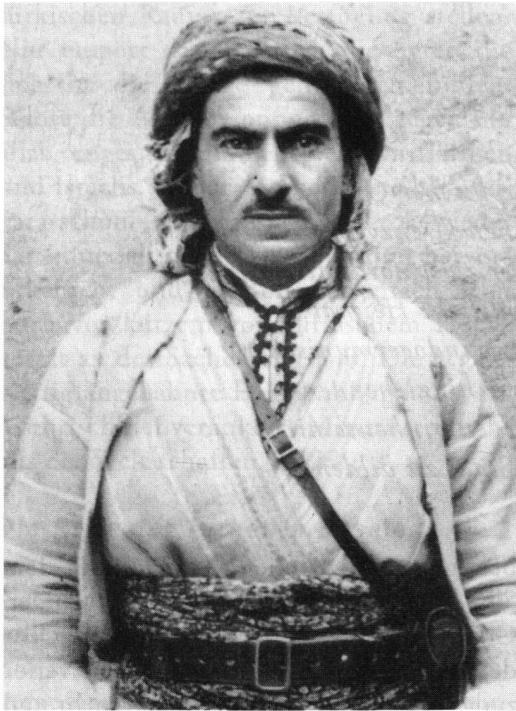
Bis Ende des Ersten Weltkrieges standen die Kurden unter der Jurisdiktion des Schahs von Persien, die Mehrheit aber unter der Herrschaft der Hohen Pforte (Osmanen) und nur einige Zehntausend in ein paar kleineren Siedlungen unter zaristischer beziehungsweise später sowjetischer Herrschaft. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges nun war in Ostanatolien ein Machtvakuum entstanden. Dieses nutzten die Kurden und massakrierten in wenigen Wochen aramäische und armenische Minderheiten in den bisherigen Ostprovinzen des Osmanischen Reiches. Gleichzeitig forderten sie die volle Autonomie im Sinne der 14 Punkte von Woodrow Wilson und hielten die gesamte Provinz in ihren Händen. Die britische Orientpolitik, die sich entsprechend der damals üblichen Aussenpolitik Londons mehr an regionale Herrscher und Persönlichkeiten hielt, ernannte den kurdischen Stammesführer Scheich Mahmud Barzinji zum Gouverneur von Sulaimaniya und der Provinz Mosul.

Doch mit dem Verlust des türkischen Einflusses über Südkurdistan und kleinere arabische Scheichtümer schlug nur scheinbar die Geburtsstunde eines eigenständigen Staates «Kurdistan». Die englische Regierung, der eigentliche Sieger im Vorderen Orient nach 1918, schuf unter kluger Voraussicht auf die Bedeutung des Öls in diesem Raum den neuen arabischen Staat Irak, dem auf englischen Druck sofort die «kurdische» Ölprovinz Mosul zugeschlagen wurde. Die Türkei, Mitverliererin des Ersten Weltkrieges, war zu dieser Zeit in vielen Randgebieten von englischen und griechischen Truppen besetzt. Dies führte 1919/20 zu einer nationalen Erneuerungs-

bewegung in Anatolien, die 1922 mit dem Sieg Kemal Atatürks über die Engländer, Griechen und kurdischen Separatisten endete. Durch innere Stammesfehden verlor zudem Scheich Mahmud Barzinji mehr und mehr politischen Einfluss, so dass mit seinem Niedergang (1919/20) auch gleichzeitig alle Hoffnungen zur Errichtung eines selbständigen Staates «Kurdistan» aufgegeben wurden. Selbst die im Friedensvertrag von Sèvres (1920) noch vorgesehene Gründung von zwei «unabhängigen Staaten», Kurdistan und Armenien, konnte aufgrund des Widerstandes der Türken, die diesen Vertrag nie ratifizierten, nicht verwirklicht werden. Erst in den türkischen Gebieten der Kurden, dann aber auch in den iranischen, kam es zwischen 1925 und 1937 immer wieder zu Erhebungen. Damals wie heute wurden alle kurdischen Aufstände mehr oder weniger als staats- und regierungsfeindliche subversive Handlungen gebrandmarkt und besonders durch die Türkei mit härtesten Mitteln niedergeschlagen.

Im Nordirak akzeptierte der Kurdenführer Scheich Mahmud Barzinji ebenfalls nicht die staatliche Oberhoheit der irakischen Regierung. Erst nach harten Kämpfen britischer Schutztruppen im Sommer und Herbst 1924 und nach Einschaltung einer Völkerbundkommission entschied diese, dass die Provinz Mosul beim Irak bleiben sollte, im Nordirak den Kurden aber einige Minderheitenrechte von Bagdad zugesichert werden mussten. Nach der Unabhängigkeit des Iraks von England (1932) verschwanden nahezu alle völkerrechtlichen Schutzgarantien für die Kurden.

Kurz vor dem Verlust einiger Sonderrechte erhoben sich ab 1930 die Kurden-



Mulla Mustafa Barzani.
Quelle: Ali Homam
Ghasi, *Die Kurden*,
Berlin 1994.

stämme unter Mulla *Mustafa Barzani*, dem jüngeren Bruder von Scheich Mahmud Barzinji, gegen die noch junge irakische Regierung. Im Jahre 1939 wurde die «Hoffnungspartei» Kurdistans gegründet, die sich aus einem linksrevolutionären Flügel und einem mehr rechts orientierten intellektuellen Flügel, der in England und Westeuropa den Schlüssel zur Lösung des Kurdenproblems suchte, zusammensetzte. Besonders die 1934 gegründete Irakisch-Kommunistische Partei (ICP) gewann ab 1940 in Südkurdistan erheblichen Einfluss. Unter kommunistischer Ägide erschien dann 1944 im ersten kurdischen politischen Organ «Azadi» eine Art «Kurdische Unabhängigkeitserklärung». In ihr heisst es unter anderem: «Wir drängen (...) unsere Führer, demokratische Parteien und Vereinigungen für unser Volk einzurichten, um damit die Grundlagen zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts im Rahmen einer Union zwischen Arabern und Kurden mit gleichen Rechten innerhalb des Iraks zu schaffen.¹»

Diese Erklärung wurde auf der Beratungskonferenz zur Gründung der Vereinten Nationen, April–Juni 1945, vorgelegt, dann aber aus historischen Gründen abgewiesen: Die irakische Regierung war nach 1941 Deutschland und Italien zu freundschaftlich gesonnen, so dass England den Irak bis 1945 erneut unter seine militärische Aufsicht stellte. Die Kurdenführer nutzten die Schwäche Bagdads und erhoben sich im

Nordirak gegen die Zentralregierung, aber auch teilweise gegen die britischen Besatzungstruppen; so dienten diese Aufstände indirekt Italien und Deutschland. Im Sommer 1945 konnte die irakische Regierung mit Billigung der Engländer und dem Einsatz erheblicher militärischer Mittel ihre Oberhoheit im Nordirak wiederherstellen². Die revolutionär-antidemokratische Kurdenbewegung, die zeitweise Unterstützung fand, wurde nach dem Krieg von den demokratisch-liberal eingestellten Westmächten – besonders von England – nicht mehr weiter unterstützt.

Die «Kurdische Republik» von Mahabad (1946)

Im Iran entstand im Augenblick eines Machtvakuumms ab 1942 eine ähnlich günstige Situation für die kurdische Autonomiebewegung wie nach dem Ersten Weltkrieg in der Osttürkei: Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 entschlossen sich die Alliierten, die Versorgungswege der Roten Armee in ihrer Südflanke (Persien, Afghanistan) zu sichern. England und die Sowjetunion marschierten in den Iran ein und schickten Schah *Reza Khan*, der die Neutralität bewahren wollte, ins Exil. Erst die iranische Armee, dann die Regierung verloren ab 1943 im nordwestlichen Teil des Irans mehr und mehr die Regierungsgewalt. Schliesslich wurde im Verlauf des Sommers 1945 unter Mitwirkung sowjetischer Berater eine eigenständige kurdisch-kommunistische Administration um den Urmiassee aufgebaut. Einflussreiche kurdische Nationalisten dieser Verwaltung riefen dann unter dem Schild der sowjetischen Besatzungsmacht, gerade rechtzeitig zum Eintreffen des Kurdenführers Barzani und seiner 3500 Stammeskämpfer, zur Gründung eines autonomen Kurdenstaates auf. Zuvor wurde im Herbst 1945 in Mahabad die «Kurdische Demokratische Partei» und, nach dem Eintreffen der irakischen Barzani-Kurden, am 22. Januar 1946, die «Autonome Republik von Mahabad» gegründet. Gründungsvater war der gemässigte Kurdenführer *Muhammad Ghazi* aus dem Iran. Dies geschah unter dem Schutzschild der sowjetischen Besatzungsarmee im Nordwestiran, wo gleichzeitig in Täbriz eine «Aserbaidshanische Republik» von der sowjetischen Besatzungsmacht eingerichtet

1 Auszug aus «The Charter of the Kurdish People». Zit. nach Majid Abd al Ridha «The Kurdish Question in Iraq», Baghdad 1975, S. 83.

2 Rund 14 000 irakische Soldaten waren zeitweise im Einsatz. Die Kurdenführer M. Agha Zibari und Mulla Mustafa Barzani mussten im Oktober 1945 in den Iran fliehen. C. Kutschera: *Le Mouvement National Kurde*, Paris 1979, S. 146 ff.

worden war. Zu diesem Zeitpunkt jedoch wurden die Engländer und Amerikaner durch das expansive Verhalten *Stalins* in Europa ihrem Kriegsverbündeten gegenüber skeptischer. Der Kalte Krieg begann. Nichts war deshalb für die Briten und Amerikaner im Iran wichtiger als der Abzug aller fremden, besonders der sowjetischen Truppen aus dem Iran, was natürlich mit der Wiedereinsetzung des alten iranischen Schahregimes am zweckmässigsten zu erreichen war. Die Sowjets erhielten als Dank für ihren Abzug Ölkonzessionen und andere Handelsvorteile sowie unverbindliche Sicherheitsgarantien für ihre linksgläubigen Marionettenregierungen in Täbriz und Mahabad in Aussicht gestellt. Bereits zum Jahresende wurden der aserbaidzhanische autonome Staat und die «Kurdische Republik von Mahabad» von den Truppen des Schahs besetzt und die Regierungen liquidiert.

Die kurdische Politik 1947–1958

Nach dem Ende der Republik von Mahabad und dem Rückzug Barzanis ins Exil blieb es um die Politik der Kurden bis zum Sturz der irakischen Monarchie (1951) sehr ruhig. Im Iran blieb die Kurdisch-Demokratische Partei (KDP) bis 1951 geächtet. Trotz politischer Diskriminierung hatten die Kurden im Irak, im Vergleich zu denen im Iran und in der Türkei, eher den Rechtsstatus einer ethnischen Minderheit. Im allgemeinen besaßen sie, solange ihre Stammesführer nicht passiv und aktiv gegen die Regierung in Bagdad Angriffe führten, fast die gleichen Rechte und Pflichten wie die Araber.

Doch das kurdische Volk hat sich nie mit den aus Europa implantierten staatsrechtlichen Institutionen anfreunden können. Das Wertesystem dieses Volkes trägt archaische Züge, zum Beispiel die Gefolgschaft, das Patriarchat, zum Teil auch noch die Blutrache und Feme. Dies kann auch die Existenz von demokratischen oder kommunistischen Parteien Kurdistans nicht widerlegen, die heute mehr Einfluss in Städten Europas oder des Vorderen Orients unter intellektuellen Kurden haben als in den kurdischen Heimattälern des Zagros. Aus diesen sozialen Divergenzen resultiert auch die politische Unzuverlässigkeit gegenüber den Zentralregierungen, in deren Staat die Kurden gerade leben. Besonders lasteten ihnen die Machthaber von Atatürk über *Tansu*

.....

*Nach dem
Putsch von 1958
schien eine neue
Ära der Koope-
ration zwischen
Kurden und
Arabern im Irak
eingeleitet
worden zu sein.*

.....

Çiller bis *Necmettin Erbakan* und vom Schah bis *Saddam Hussein* ihre Kollaboration mit ausserregionalen Grossmächten – zuerst mit der Sowjetunion und dann mit den USA – an. Dieses Verhalten machte es den Staatsechefs des Iran, Irak und der Türkei stets leicht, die harten, teilweise unmenschlichen und völkerrechtlich verabscheuungswürdigen Strafaktionen zur Unterdrückung und Verfolgung der Kurden innenpolitisch zu rechtfertigen.

Während der Abwesenheit Barzanis im sowjetischen Exil (1947–1958) entwickelte sich die Kurdisch-Demokratische Partei (KDP) im Irak zu einer eigenständigen politischen Bewegung mit einem recht zuverlässig arbeitenden Parteiapparat. An der Spitze stand seit 1946 *Hamsa Abdullah*, ein Rechtsanwalt und politischer Freund Barzanis. Zur gleichen Zeit gab es aber auch noch eine Splittergruppe der iranischen KDP, mit eigenem Organisationsbüro, in der nordirakischen Stadt Sulaimaniya. Nach dem Fall von Mahabad schlossen sich der Abdullah-Flügel und der iranische Parteibleger aus pragmatischen Gründen zusammen. Die KDP blieb aber stets eine Art Elitepartei, mit vielen grossteils in Westeuropa oder den USA ausgebildeten Intellektuellen. Sie gewann Einfluss in den Städten Bagdad, Beirut, Kirkuk und Istanbul. Bei den kurdischen Grossgrundbesitzern, Stammesführern und den nomadisierenden Hirten war ihr Einfluss bedeutungslos. Als schliesslich eine Gruppe junger irakischer Offiziere im Juli 1958 putschten und *Abd al-Kerim Kassem* zum Premierminister erhoben, begrüßte diese Veränderung der Parteiführer der KDP, *Ibrahim Ahmad*. Kassem liess noch im gleichen Jahr (1958) Barzani und seine Gefolgsleute aus der UdSSR in den Irak zurückkehren.

Die Kurden unter Kassem 1958–1963

In den ersten zwei Jahren unter Kassem gelang eine relativ konstruktive Kooperation zwischen den vereinigten kurdischen Parteien, der KDP, der kommunistischen Partei (ICP) und der Arbeiterpartei. Von Anfang an gab es aber unterschiedliche Auffassungen über die politische Stellung der Kurden innerhalb einer von Kassem angestrebten Integration des Irak in die Vereinigte Arabische Union. Dahinter standen viel realistischere Fragen. So etwa:

Welchen Grad an Autonomie sollten die Kurden erhalten? Welchen besonderen Status bezüglich eigener militärischer Verbände, Bewaffnung und Polizei? Wo sollten die Grenzen zwischen den arabischen und kurdischen Bevölkerungssteilen verlaufen? Wem sollte die Erdölregion um Kirkuk und Kunaquim zugeschlagen werden? Wie gross sollte der Anteil aus den zu erwartenden Öleinnahmen sein, der zur Entwicklung der bis dato recht rückständigen Kurdenprovinz aufzubringen war? Die letzte Frage war insofern von besonderer Bedeutung, da die reichsten Erdölvorkommen des Iraks teilweise im kurdischen Gebiet liegen, die Kurden aber von diesem Reichtum nur wenig verspürten. Als es im März 1959 zu einem Putsch Nasser-freundlicher Offiziere gegen Kassem kam, hielten sich Barzani und seine Kurden bewusst zurück und liessen mehr die Kommunisten den Aufstand niederschlagen. Barzanis Partei schickte dafür im Sommer 1960 der Regierung Kassem folgende Forderungen:

1. In allen kurdischen Regionen, die einen autonomen Status erhalten sollen, muss Kurdisch als *Lingua franca* neben das Arabische treten.

2. In die Armee und Polizei in Kurdistan dürfen nur Kurden rekrutiert werden. Die Kommandosprache hat Kurdisch zu sein.

3. Die Kulturhoheit für die Erziehung und Volksbildung, für Presse und Nachrichten sowie für Gesundheit und Verwaltung liegt in Kurdistan selbst.

4. «Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik verbleiben der irakischen Zentralregierung in Bagdad. Kurden müssen jedoch in allen Instanzen vom Vizepräsidenten bis zu den Staatssekretären vertreten sein.»

5. «Ein beträchtlicher Anteil des Budgets, nämlich die Hälfte oder doch wenigstens so viel, wie dem kurdischen Bevölkerungsanteil entspricht, muss für die Entwicklung des rückständigen Kurdistan, für Strassenbau, Elektrizitätsversorgung, Schulen und Krankenhäuser ausgegeben werden.³»

Die Reaktion der Junta um Kassem war ablehnend und richtete sich gegen die Machtfülle Barzanis. Es kam zu Demonstrationen vor der Parteizentrale der Kurden in Bagdad, im Dezember 1960 zu blutigen Auseinandersetzungen und danach zum endgültigen Bruch zwischen Staatschef Kassem und den Kurden. 1961 verliessen Barzani und seine Anhänger ihre Parteizentrale in Bagdad und gingen in ihre angestammte Bergheimat.

Der Bürgerkrieg war unvermeidlich. Bis Ende 1961 beherrschte Barzani fast 10000 Quadratkilometer der irakischen Nordprovinzen. Die Grenzübergänge zum Iran wa-

Der Bürgerkrieg war unvermeidlich. General Kassem liess Städte, Dörfer, Herden und Lager der Kurden bombardieren.

ren in diesem Gebiet ausschliesslich in der Hand der Kurden. Bagdad setzte alle verfügbaren Streitkräfte ein. General Kassem liess Städte, Dörfer, Herden und Lager der Kurden bombardieren, doch konnte er über Jahre hinweg keinen durchschlagenden Erfolg erzielen. Als der General das «Übel» der Kurdenerhebungen durch die Besetzung Kuwaits, die er im Verlauf der Jahre 1961 und 1962 immer wieder androhte, kompensieren wollte, führte das zu einem Offiziersputsch. Das arabische Lager stellte sich gegen General Kassem und stürzte ihn. Das Erbe Kassems trat die Baath-Partei an, aus deren Führungsstruktur dann der noch heute herrschende Saddam Hussein hervorging. Barzanis Kurden waren damals von den Putschplänen unterrichtet worden und sicherten der sozialistischen Baath-Bewegung ihre volle Unterstützung zu. Für die Kurden schien eine neue Chance zur Verwirklichung ihrer Autonomie gekommen.

Die kurdische Politik seit 1963

In den Jahren nach 1963 entwickelte sich ein Konflikt aus den drei divergierenden politischen Strömungen selbst. Spannungen bestanden zwischen den Kommunisten, der KDP-Gruppe um Ahmad/Talabani und schliesslich dem mächtigen Barzani-Partei-Flügel. Zeitweise regierte das Chaos die demokratische Kurdenpartei, so dass Freund und Feind nicht mehr zu unterscheiden waren. So vertrieb beispielsweise Barzani im August 1964 die beiden demokratischen Kurdenführer Ahmad und Talabani mit militärischen Mitteln aus dem Irak in den Iran.

Der Bruch zwischen Barzani und der politischen Führungsgruppe der Partei vernichtete das für Kontinuität einer politischen Bewegung wichtige Zentrum und setzte die gesamte kurdische nationale Sammelbewegung den Angriffen aller politischen Gegner ausserhalb Kurdistans aus. Die nationale Bewegung Kurdistans wurde so zu Grabe getragen.

Im April 1965 war zudem die gesamte irakische Armee zur Wiederherstellung der von den Kurdenstämmen seit 1960 gestörten Regierungsgewalt im Nordirak in Marsch gesetzt worden. Während dieses Befreiungsraids der irakischen Regierung erhielten Barzani und seine Stammeskämpfer verstärkt Militärhilfe aus dem Iran. Die Annahme dieser Hilfe führte wohl zur

3 Vgl. dazu auch Günther Deschner: *Die Kurden. Das betrogene Volk*, Frankfurt am Main, Berlin 1981, S. 213.

hauptsächlich Fehleinschätzung des sonst recht klug handelnden Kurdenführers. Die Herstellung enger Beziehungen zu einer Macht, die im vitalen Gegensatz zur damals sich sozialistisch progressiv gebenden Regierung in Bagdad stand, beflügelte die Kritik innerhalb der kurdischen Bevölkerung im Irak. Barzanis Verhalten galt vielen Kurden anderer Stämme als Verrat am Vaterland. Die im Iran exilierten kurdischen Politiker der KDP gerieten ebenfalls in Misskredit. Schliesslich hatten sie die massive iranische Waffenhilfe, die ihrem politischen Gegner Barzani zufluss, weder verhindern können noch ihre eigenen Anhänger dafür zu mobilisieren vermocht, die Barzani-Stämme an ihren militärischen Attacken gegen ihre eigene «vaterländische» Regierung in Bagdad zu hindern. Wohl als Konsequenz dieser Ereignisse, versuchten viele Führer der KDP ihren eigenen Frieden mit Bagdad zu machen. Im Sommer 1965 kam es schliesslich dazu, dass Barzani den Exilkurden zwar die Rückkehr ermöglichte, diese aber gleichzeitig unter eine Art Hausarrest in völlig von Barzani-Anhängern kontrollierten Gebieten verordnete. Nichtsdestoweniger gelang es diesen KDP-Führern, kurdische Militäreinheiten aufzustellen, die sich aus traditionell Barzani-feindlichen Stämmen rekrutierten und von Bagdad finanziert wurden. Diese Einheiten kämpften als reguläre Verbände innerhalb der irakischen Armee gegen ihre feindlichen Stammesbrüder, das heisst: gegen die Kurden des Barzani-Stammes.

Trotz der Übermacht der irakischen Armee und ihrer kurdischen Hilfskräfte aber fügten die Barzani-Kämpfer im Mai 1966 diesen beim Berg Handrin eine empfindliche Niederlage zu. Infolge dieser Niederlage verkündete am 29. Juni 1966 der irakische Premierminister *Abd Al-Rahman al Bazzaz* einen Waffenstillstand und unterbreitete einen Friedensplan für Irakisch-Kurdistan. Der als «Bazzaz-Erklärung» bekannte Friedensplan ging von der Anerkennung einer gewissen kurdischen Autonomie aus, sollte das Kurdische als offizielle Sprache in den Schulen und bei der lokalen Verwaltung garantieren und nach Verkündung einer Generalamnestie Wahlen für eine Volksvertretung einleiten. Doch der Premierminister wurde von einer radikalen kurdenfeindlichen politischen Gruppe aus seinen Ämtern gedrängt und demissionierte. Viele Abmachungen zugunsten der Kurden wurden ab

.....

In Folge
der begrenzten
Autonomie
begingen die
Barzani-Kurden
Fehler über
Fehler.

.....

der Jahreswende 1965/66 von der politischen Gruppe der irakischen «Falken» zu nichte gemacht, und den Kurden wurden sukzessiv weniger Freiheiten und Rechte gewährt, als ihnen zuerst versprochen worden waren.

Im Juli 1968 wurde die Regierung «*Abd al Rahman Arif*» gestürzt und die Baath-Partei kam vollständig an die Macht. Von kurdischer Seite erfolgte erneut eine stillschweigende Unterstützung der Baathisten, diesmal besonders von der Ahmad-Talabani-Fraktion der KDP, wobei als Gegenzug Mitglieder dieses Parteiflügels von der Baath-Regierung ins Kabinett aufgenommen wurden. Anfangs versuchte Barzani, mit der Baath-Regierung ein Abkommen auszuhandeln, was aber scheiterte. Danach brachen erneut Kämpfe in Kurdistan aus. In deren Gefolge kam es im Frühjahr 1969 zu militärischen Überfällen auf Einrichtungen der Irakischen Petroleum Gesellschaft (IPC) im Raume Kirkuk: Die Irakische Petroleum Gesellschaft musste zeitweise ihre Produktion um 75 Prozent drosseln und einen Verlust von 10 Millionen US-Dollars hinnehmen. Die Regierung entsandte darauf vier Divisionen, was eine Eskalation der Kampfhandlungen bis zum Wintereinbruch 1969/70 verursachte. Der verstärkte Druck Bagdads führte schliesslich zu Verhandlungen zwischen Barzani und Regierungsvertretern. Es kam zu einer Regierungserklärung, die den Kurden als nationaler Minderheit mit eigener Sprache und Kultur viele Sonderrechte einräumte. Als neue Provinzhauptstadt war Dohuk vorgesehen. Diese Übereinkunft zwischen der Baath-Partei und den Kurden ging als sogenanntes «März-Manifest» (1970) in die irakisch-kurdische Geschichte ein.

Infolge der begrenzten Autonomie begingen die Barzani-Kurden nunmehr Fehler über Fehler. Zuerst vertrieben sie nahezu 35 000 sogenannte «Faily-Kurden» aus dem Gebiet um Kanakin in den Iran, weil diese Kurden nach Auffassung des Barazani-Stammes nicht als irakische, sondern als iranische Kurden anzusehen sind. Ausserdem forderten sie Enteignung der inzwischen nationalisierten Anlagen der Irakischen Petroleum Gesellschaft um Kirkuk. Die Kurden betrachteten die Ölfelder um Mosul und Kirkuk als ihre eigenen, was geographisch so einfach nicht stimmt. Weiterhin veranlasste die KDP um Barzani Umsied-

lungen im Sinne «ethnischer Säuberungen», um ein in ihrem Sinne reines «Barzani-Kurdistan» zu schaffen. Nachdem Barzani und sein KDP-Flügel sich in eigenem Machtsstreben mit israelischer und iranischer Unterstützung gegen Kommunisten, Baath-Sozialisten und die irakische Zentralregierung gestellt hatten, kam es im April 1974 erneut zu offenen Kampfhandlungen, bei denen nahezu 200 kurdische Zivilisten getötet wurden. Ein neuer kurdischer Exodus begann. Im Frühjahr 1975 befanden sich nach Schätzung neutraler UN-Beobachter nahezu 280 000 Kurden, diesmal vorwiegend Barzani-Anhänger, als Flüchtlinge im iranischen Grenzgebiet. In der OPEC-Konferenz von Algier (1975) legten der Iran und der Irak ihre Grenzstreitigkeiten bei. Die Barzani-Kurden wurden vom Iran nicht mehr unterstützt und innerhalb weniger Tage vom persischen Grenzgebiet vertrieben. Mulla Mustafa Barzani selbst floh mit wenigen Getreuen in die USA, wo er 1979 in Washington starb.

Zwar wurden zwischen 1976 und 1980 eine Reihe von Amnestien zugunsten der Kurden im Irak erlassen, die früher vereinbarten Autonomieversprechungen jedoch nicht erfüllt. Im Gegenteil, nach 1980 versuchte die Regierung jetzt unter Saddam Hussein, das Kurdenproblem durch Zwangsumsiedlung der Barzani-Kurden und durch Arabisierung des Nordirak zu lösen. Unter der neuen Baath-Partei wurden gezielt kurdische Intellektuelle in den Südirak versetzt und nahezu 180 000 Kurden aus ihren Stammesgebieten deportiert und dabei über 500 Dörfer und Siedlungen niedergebrannt. Es gibt Gerüchte von einem Geheimabkommen, das zwischen dem Iran, der Türkei und dem Irak geschlossen worden sei und eine 20 km breite siedlungsfreie Zone beiderseits der Staatsgrenzen vorsehe⁴. Von diesem Desaster erholten sich die Kurden erst nach dem Ausbruch des ersten Golfkrieges zwischen dem Iran und dem Irak (1980–1988). Wieder nutzten sie die momentane Schwäche der Zentralregierung in Bagdad und kollaborierten mit den Erzfein-

den, genauer gesagt, marschierten sie mit *Ajatollah Khomeini* gegen Saddam Hussein. Bis 1982 fügten sie Bagdad erhebliche Verluste zu. Gleichzeitig kamen Tausende von kurdischen Separatisten im Iran, Syrien und in der Türkei Anfang der achtziger Jahre ums Leben, weil sie sich teilweise gegenseitig bekämpften und in nicht kriegsbeteiligten Ländern (etwa in Syrien und der Türkei) revolutionäre Aktionen unternahmen. Nach der Flucht von Barzani spaltete sich die KDP sofort in zwei Gruppen. Einmal in die radikale Fraktion, geführt von den Söhnen Barzanis, *Idris* und *Masud*, und in die neu formierte Patriotische Union Kurdistans (PUK), geführt von Jalal Talabani. Talabani rochierte von Anfang an zwischen Treue zum Baath-Regime und einer Art grossarabisch-kommunistischer Revolution. Nicht zuletzt wegen dieser Schaukelpolitik geriet er immer mehr ins Zwielficht. Im Jahre 1988 musste er erneut nach Syrien fliehen.

Nach 1990 blieb das Verhältnis zwischen Bagdad und seinen drei kurdischen Provinzen weiterhin gespannt. Als aber nach der handstreichartigen Besetzung des Emirates Kuwait durch irakische Truppen am 2. bis 5. August 1990 die Kurden, im Verein mit anderen oppositionellen Gruppen im Ausland, erneut den Aufstand gegen Saddam Hussein probten, schlug der Diktator mit härtesten militärischen Mitteln zurück. Dieses Vorgehen erfolgte noch in der Besetzungszeit Kuwaits, aber mehr noch nach dem Ende des zweiten Golfkrieges, im März/April 1991. Erneut flohen über 200 000 Kurden, diesmal über die türkische Grenze. Die UN-Resolution Nr. 688 vom 7. April 1991 stellte schliesslich die Kurdengebiete des Nordiraks unter internationalen Schutz. Die Kurden kehrten allmählich zurück. Eine Annäherung an die Zentralregierung scheint durch einen Gewaltverzicht Bagdads möglich. Eine endgültige Lösung des Kurdenproblems ist aber im Irak wie in den Unruhezentren der radikalen Ableger der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in der Türkei nach wie vor nicht in Sicht. ♦

Die
UN-Resolution
Nr. 688 vom
7. April 1991
stellte
schliesslich die
Kurdengebiete
des Nordiraks
unter
internationalen
Schutz.

4 Ferhad Ibrahim: *Die Kurdische Nationalbewegung im Irak: eine Fallstudie zur Problematik Ethnischer Konflikte in der Dritten Welt*, Berlin 1983, S. 635 ff.